

Aus der Arbeit des Landesverbandes Brandenburg

(Zuarbeit für die Ausgabe *geschichte für heute* H. 2/2020)

MBJS sieht keinen Reformbedarf für das Fach Geschichte

Erneut hat sich der Landesvorstand des VGD im Vorfeld der Wahlen zum Landtag (September 2019) an verschiedene Parteien und Institutionen (siehe *geschichte für heute*, Ausgabe 1/2020) sowie auch an das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) mit einem "Positionspapier" gewandt, um ein gemeinsames Handeln gegen die Folgen der Zurückdrängung und Kürzung des Geschichtsunterrichts an den brandenburgischen Schulen zu initiieren. Diesen nun schon seit langem vom Verband diskutierten und publizierten marginalisierten Stellenwert von Geschichte im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld kritisieren wiederholt zahlreiche Wissenschaftler und Fachlehrkräfte, die sich mit der zur alltägliche Erscheinung gewordenen Entprofessionalisierung und der Entfachlichung von Geschichte vor allem in der Primarstufe und in der Sekundarstufe I nicht abfinden wollen. Über das defizitäre Geschichtswissen heutiger Schulabgänger in Brandenburg, haben wir uns seit Jahrzehnten wiederholt und ausführlich in unseren Fachpublikationen und über andere Medien geäußert.

Erwartungsgemäß bot das vom bisherigen Staatssekretär Dr. Thomas Drescher verfasste Antwortschreiben (vom 17. Oktober 2019) keine neuen Ansätze hinsichtlich unseres Grundanliegens, sich endlich mit adäquaten administrativen Maßnahmen von der sukzessiven Eliminierung des von der Fachwissenschaft begründeten segregierten historischen Bildungsangebots für die Schule Abstand zu nehmen und dem Geschichtsunterricht einen angemessenen Platz in allen Schulstufen zu garantieren. Statt dessen vermittelt das erwähnte Schreiben den Eindruck, dass das vom VGD betonte und zu bewahrende Fachspezifikum in der Bildungsverwaltung nicht von Relevanz sei und einen Diskurs über Reformen nicht erforderlich mache.

Somit ignoriert das MBJS auch gleichzeitig das durch die Eltern an uns immer wieder herangetragene Grundbedürfnis der Kinder und Jugendlichen nach mehr Geschichte, das sie unter die gegenwärtigen Bedingungen nicht erfüllt bekommen. Der Ist-Zustand wird nicht in Frage gestellt; die von uns gekennzeichnete und kritisierte Fachsituation in den Regelschulen wird nicht als Problem gesehen, als gebe es keinen Änderungs- bzw. Handlungsbedarf.

Auf die vom Verband im "Positionspapier" (siehe *gfh*, Ausgabe 4/2019) genannten fünf Forderungen, mit denen auf eine unverzichtbare und sofortige Korrektur der Rahmenbedingungen für den Geschichtsunterrichts bestanden wird, wird nur teilweise eingegangen. Vergeblich sucht man aber eine auf die bisherige Entwicklung bezogene selbstkritische Analyse, die nach der Einführung des neuen Rahmenlehrplanes (RLP) ab 2014/2015 und der zugespitzten Personalkrise längst überfällig geworden ist. Das Schreiben lässt den Mut und ein Bekenntnis zu einschneidenden Maßnahmen und Reformen vermissen. Die hausgemachten Fehlentwicklungen in vielen Bereichen mit den daraus erwachsenen Konsequenzen werden ausgeblendet. Das MBJS ignoriert permanent unser Angebot, gemeinsam mit reformwilligen Akteuren sowie mit den Fachlehrkräften vor Ort die seit langem überfälligen Veränderungen einzuleiten, um die von uns mehrfach geforderte höhere Stundenzahl für den Geschichtsunterricht an den Schulen zu sichern.

Dem Verband ist prinzipiell das Ausmaß und die Bedeutung der konzeptionellen Arbeit der Fachlehrkräfte für einen erfolgreichen Unterricht bekannt und er bedurfte keiner so umfangreichen und hier überflüssigen Belehrung zu diesem Thema, wie sie im oben genannten Antwortschreiben vorgenommen wurde.

Insgesamt lassen die Ausführungen eine politische Weitsicht gegenüber den aktuellen antidemokratischen Erscheinungen, denen wir mit einer soliden basalen Geschichtsbildung begegnen

können, in fataler Weise vermissen. Was nützt uns ein Curriculum, das den Geschichtswissenserwerb hypotaktisch mit einem Kompetenzraster verbindet bzw. vorrangig danach ausrichtet? Geschickt wird verdeckt, dass Geschichte (wie auch Geografie und Politische Bildung) in ein dreistündiges "Kunde"fach integriert wurde und somit bei der Vermittlung von Sachkunde verschwinden kann, wenn der Verteilungskampf vor Ort unter den Fach- oder Nichtfachlehrern zu Lasten eines von diesen drei Fächern in der Primarstufe erfolgt. In der hier genannten Kontingenztafel für die Sek. I setzt sich der nach "unten" delegierte und zu bewältigende Mangel an Stunden und Personal zu Lasten der Schüler und des Lehrerkollegiums fort.

Das Vorgehen des MBSJ steht unseres Erachtens eher im Widerspruch zu der auch von uns durchaus gestützten These des Antwortschreibens: "Sowohl die Demokratiebildung als auch die politisch-historische Bildung haben in Brandenburg einen hohen Stellenwert."

Mit welchen Appellen, Warnungen und Hinweisen sollen wir uns als Fachlehrkräfte an die Verantwortlichen für die Bildung in Brandenburg noch wenden, wenn die wiederkehrenden Mahnungen von zahlreichen Vertretern der Politik, der Opferverbände und der Gedenkstätten im Gedenkjahr des Falls der "Berliner Mauer" auf die politisch und administrativen Zuständigen ohne Wirkung bleiben.

Ist es nicht höchste Zeit, sich über das defizitäre Geschichtswissen der heutigen Schülergenerationen, das vor allem von den Verbänden, den Universitäten, den Eltern und auch zunehmend von den Kinder und Jugendlichen selbst beklagt wird, ernsthaft und gemeinsam auszutauschen? Ein Angebot für einen gemeinsamen fachlichen Diskurs seitens des MBSJ fehlt. Das Antwortschreiben ist auch ein weiterer Beleg für die Geringschätzung der Arbeit der Fachlehrkräfte vor Ort, die unter schwierigen Rahmenbedingungen mehr als nur historisches Wissen im Zusammenhang der Demokratiebildung vermitteln wollen. Der Frage, woher die große Geschichtsvergessenheit, das "erschreckende Unwissen nicht nur der jungen Generation über die SED-Diktatur, das Umfragen immer wieder offenbaren" (Kulturstaatsministerin Monika Grütters gegenüber dem RedaktionsNetzwerk Deutschland, 06.11.2019) herkommt, wird sich der Landesverband im Herbst 2020 prononciert widmen und einen Diskurs hierzu mit Fachexperten organisieren.

Jeder, der nun die ausweichende, zum Teil sehr dürftig dargelegte Sichtweise des MBSJ zum seit Jahren festgefahrenen Zustand des Geschichtsunterrichts in Brandenburg nachlesen möchte, kann das Schreiben des oben genannten Staatssekretär an den Landesvorsitzenden auf der Homepage des Landesverbandes vorfinden: www.vgd-brandenburg.de.

Vorstandsarbeit

Der Vorstand, der sich am 23.11.2019 in Berlin traf, beschäftigte sich vorrangig mit dem oben genannten Antwortschreiben des MBSJ und mit den daraus für unsere weitere Arbeit abzuleitenden Konsequenzen. Dem Diskurs zum Thema "Quo vadis Geschichtsunterricht in Brandenburg", der sich gegen jede Verharmlosung von Geschichtswissen und Geschichtsbewusstsein im Kontext von schulischer und politischer Bildung wenden wird, wurde somit eine weitere Facette hinzugefügt.

Dr. Günter Kolende

Potsdam